

Diesmal wird die Wahl zur Qual der Entscheidung:

### Bisher mit der DKP gut gefahren

In zwei Monaten wird gewählt. Dann geht es um die Neubesetzung des Stadtrates. Aber auch der Bürgermeister unserer Stadt sowie der Regionalverband Saarbrücken und sein neuer Direktor müssen am 7. Juni bestimmt werden. Da gilt es klaren Kopf zu behalten und seine Entscheidungen gut zu überlegen.

Mehr Parteien und Kandidaten als bei früheren Wahlen bewerben sich um die Mandate, ob es um Stadtrats- oder Bürgermeisterwahl geht. Es liegt schon ein gewisser Reiz darin, auch neue Bewerber wählen zu können. So ist es nicht ungewöhnlich, dass Bürger sagen: „Es schadet ja nichts, wenn auch mal andere gewählt werden“. Das stimmt. Dennoch ist es sinnvoller, sich zu fragen, ob es etwas nutzt! Denn neue Gesichter reichen allein nicht aus, eine politi-

sche Alternative muss sein. Und da sind die Kräfte rar, denen man was zutrauen kann. Im Übrigen können Wahlbüros zwar nach außen hin einen gewissen Eindruck schinden, ob damit aber eine politische Umkehr in Püttlingen möglich ist, bleibt fraglich, solange keine neuen Denkansätze gegenüber der verkorksten CDU-Politik zu erkennen sind.

Es ist ein übles Wähler-Verwirrspiel, wenn ausgerechnet die Innenministerin als Spitzenkandidatin der CDU aufgeboten wird. Annegret Kramp-Karrenbauer ließ sich aufstellen, wohl wissend, dass sie das Mandat nicht annehmen wird, weil sie sonst ihr Ministeramt quittieren müsste. Das will sie aber nicht.

Püttlingen ist mit der DKP im Stadtrat bisher gut gefahren. Die hat stets für Offenheit gesorgt und damit Mauscheleien vorgebeugt. So soll es bleiben.

Am 7. Juni geht es um Stärkung der DKP:

### Erprobte linke Kraft im Püttlinger Rathaus



Von rechts: Franz Hertel und seine Freunde Gerald Stein, Dina Hertel, Fritz Kuhn, Edith Albert, Erwin Michely, Axel Seidel, Jacky Fafet und Hans Schwinding. Gemeinsam kandidieren DKP-Mitglieder und Parteilose für den Stadtrat.



Werksausschuss gibt Empfehlung:

### Maßnahmen der Stadt zur Konjunkturbelebung

Der Werksausschuss hat in seiner Sitzung vom 4. März über eine Vorlage der Verwaltung beraten, die sich mit Maßnahmen im Rahmen des „Konjunktur- und Investitionsprogrammes Saar“ beschäftigt. Zur Verfügung stehen finanzielle Mittel des Bundes und des Landes, um der gegenwärtigen Wirtschaftskrise entgegen zu wirken.

Franz Hertel erklärte für die DKP, dass sie den von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zustimme. Diese haben z.B. die Verbesserung der Infrastruktur im Bildungsbereich zum Inhalt. Da es sich nach Vorgaben des Landes bei den geplanten Investitionen um zusätzliche Maßnahmen handeln muss, ist es nach Ansicht der DKP-Stadtratsfraktion „sinnvoll, die zu erwartenden Mittel in Wärmedämmung, Erneuerung von Sanitäranlagen, Fenster und Fassaden von Schulen zu stecken. Auf längere Sicht werden dadurch vor allem Einsparungen an Energiekosten erzielt. In diesem Sinne finden auch die anderen Infrastrukturmaßnahmen (Trimmtreff, Rathaus-Turnhalle, Schlösschen) unsere Unterstützung“.

So weit, so gut. Daran wollte niemand Anstoß nehmen. Aufbegehren gab es erst, als Franz Hertel einige allgemeine Anmerkungen zur gegenwärtigen Krisensituation machte.

Krise trifft auch das Saarland:

### Die Folgen reparieren, aber nicht über Ursachen reden

Auf Seite 2 lesen Sie mehr dazu

**Krise trifft auch das Saarland, Schuldenberg steigt um 816 Millionen, fast jeder Zehnte von Kurzarbeit betroffen:**

## Die Folgen reparieren, aber nicht über Ursachen reden

**Die DKP-Fraktion hat, wie auf Seite 1 berichtet, den Empfehlungen des Werksausschusses zugestimmt und die Prioritäten für das Konjunkturprogramm bejaht. Am 25. März soll der Stadtrat einen entsprechenden Nachtragswirtschaftsplan beschließen. Mit wieviel Zuschüssen die Stadt rechnen kann, wird die zuständige Stelle beim Mdi entscheiden. Es stehen 128,6 Millionen Euro zur Verfügung, für die aber die Städte und Gemeinden dem Land keinen Dank schulden. Denn 101 Millionen Euro hat die Regierung in 2009 den Kommunen vorenthalten. Im Grunde werden diese jetzt mit ihrem eigenen Fett geschmiert.**

Franz Hertel wollte die Gelegenheit nutzen, um die Krise näher zu beleuchten. Er verwies dabei auf Äußerungen der Regierenden und einiger Medien, wonach das Schlimmste schon bald vorbei sein dürfte: „Hier haben wir es offenbar mehr mit dem Prinzip Hoffnung (dabei immer die Wahlen im Blick!) als mit den Realitäten zu tun. Ernstzunehmende Politiker warnen, dass der Höhepunkt der Krise noch längst nicht erreicht ist und die Lage nicht verharmlost werden darf. Wir stehen erst am Anfang“.

Der DKP-Sprecher verwies auf das raketenhafte Ansteigen der Kurzarbeit, mittlerweile ist fast jeder Zehnte im Saarland davon betroffen. Auch wachsende Arbeitslosigkeit sei nicht mehr auszuschließen. Vor allem bestehe die Gefahr, dass nach den Bundestagswahlen weitere tiefe Sozialeinschnitte die Masse der erwerbstätigen und arbeitslosen Menschen treffen: „Ich teile die Meinung der Arbeitskammer (Heft „Arbeitnehmer“ 7/2008), dass am Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise ‚erneut Steuerzahler, Arbeitnehmer, Rentner und Sparer (...) für die unglaublich teure Rettung des Bankensystems, für den Rückgang des Exports, für sinkende Wachstumsraten‘ büßen müssen“.

Heftig kritisierte Hertel, dass die gegenwärtige Krise so behandelt werde, als sei sie eine Naturkatastrophe und man

müsse nur einige Hilfsprogramme auflegen, um der Lage Herr zu werden: „Wahr ist vielmehr, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem weltweit in einer seiner tiefsten Krisen steckt. **Diese Krise kam aber nicht überraschend, sie ist auch nicht auf menschliches Versagen oder fehlende Moral zurückzuführen, sie gehört zum Kapitalismus und seiner Funktionsweise.**

Die globale Überproduktion hatte sich lange Zeit hinter der ungeheuren Ausdehnung der Kredite u. dem schuldenfinanzierten Konsum versteckt. Mit dem Platzen der Immobilien-Spekulationsblase kam die Krise voll zur Entfaltung und führte mit einer noch nie da gewesenen Geschwindigkeit rund um den Globus und quer durch alle Industrie-sektoren zu Produktionseinschränkungen, Pleiten und Entlassungen“.

**So weit kam der DKP-Vertreter mit seiner Rede, als etliche CDU-ler unruhig auf ihren Stühlen hin- und her-rutschten und der Bürgermeister die Parole ausgab, das gehöre nicht hierher, es gehe um das Investitionsprogramm. Nachdem BM Speicher ein zweites Mal den Sprecher unterbrochen hatte, strapazierten Engstirnige ihren Kirchturmshorizont und reagierten mit abgedroschenen antikomunistischen Ressentiments.**

Nun kann man ja über das gescheiterte Projekt Sozialismus lange diskutieren, doch dadurch wird der Kapitalismus keinen Deut besser. Und schon „gar nicht ist er das beste System, welches man sich wünschen kann“, wie rechtsorientierte Kritiker des Franz Hertel verkündeten. Ihre Motto: Die Folgen der Krise müssen repariert werden, aber über die Ursachen wird nicht geredet. Also, Augen zu und durch!

Dennoch bleibt es Tatsache, dass der „Rettungsschirm für die Banken“ und die Konjunkturprogramme der Bundesregierung nur unzureichende Versuche

sind, die Krise zu überleben. Aber die Staatsverschuldung wird dadurch in skandalöser Weise nach oben getrieben. Allein im Saarland steigt der Schuldenberg um 816 Millionen, so dass die Gesamtverschuldung auf mehr als 10 Milliarden klettert. Kommende Generationen werden noch unter den Folgen der Krise zu leiden haben und auch Püttlingen wird daran noch lange zu beißen haben.

Nichts führt daran vorbei, dass der Einfluss der Banken und Großkonzerne, die uns in diesen Schlamassel getrieben haben, zurückgedrängt und eine neue Politik durchgesetzt werden muss. Die Lösung der Krisensituation darf nicht denen überlassen werden, die sie verursacht haben. Zahlen für das wirtschaftliche Desaster sollen diejenigen, die sich bei den Finanzexzessen der zurückliegenden Jahre goldene Nasen verdient haben: die Banken, Konzerne, Fonds und die Superreichen. Dazu gehört durchaus auch die Überführung der großen Banken, der Automobil- und Energiekonzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle. Wenn schon Milliarden in Banken und Wirtschaft gepumpt werden, dann sollen diese Mittel auch der Volkswirtschaft zugute kommen.

### Es war wieder lohnend

Krise hin, Krise her - 2008 war das Jahr der Dividenden. 43,8 Mrd. Euro schütteten die deutschen Aktiengesellschaften an ihre Aktionäre aus, 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Für 2008 fällt bei den dreißig größten börsennotierten Unternehmen die Ausschüttung etwas niedriger aus, gemessen am stark gefallenem Börsenwert ist die Ausschüttung jedoch so hoch wie nie.

**Wir zahlen NICHT für eure KRISE!**

28. März 2009

Für eine solidarische Gesellschaft

**Demonstration**

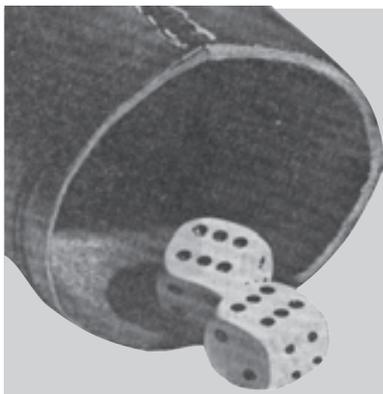
Samstag, 28. März 2009

**Frankfurt**

zum Römerberg

**pro+kontra**

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen. Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51. Eigendruck



# DKP

**Eckpunkte für eine fortschrittliche Politik in unserer Stadt**

## **6 Richtige für Püttlingen**

Zur Stadtratswahl 2004 hatte die DKP „10 Gebote fortschrittlicher Politik im Püttlinger Rathaus“ veröffentlicht. Die darin enthaltenen Punkte sind nach wie vor zeitgemäß und könnten auch für die nächste Wahlperiode maßgebend sein. Dennoch haben wir uns entschlossen, unsere aktuelle Wahlorientierung auf sechs Eckpunkte zu konzentrieren. Wir verzichten bewusst auf eine umfassende Darstellung unserer politischen Vorstellungen, weil langatmige Wahlprogramme oft nicht gelesen werden und damit ihre Wirkung verfehlen. Unsere Eckpunkte sollen die Richtung angeben, damit die Wähler wissen, wohin die Reise geht.



### **1. Arbeit und sozialer Fortschritt zuerst**

Immer mehr Menschen erleben am eigenen Leib, wie das kapitalistische System ihre Arbeitsplätze vernichtet, wie längst erworbene soziale Rechte in Frage gestellt oder abgeschafft, wie Existenzen vernichtet werden. Agenda 2010 und Hartz IV zeigen ihre verheerende Wirkung, jetzt noch verschärft durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise. Wenn die von Berlin bereitgestellten Milliarden für Banken und Großkapital umgeleitet würden in soziale Programme, in Vorhaben für nachhaltigen ökologischen Umbau sowie Bildung und Ausbildung, könnte eine Aufwärtsentwicklung erreicht werden.

Konkrete Forderungen sind: Weg mit Hartz IV; gesetzlicher Mindestlohn; weg mit der Rente ab 67; Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht; Investitionsprogramme für Bildung, Umwelt- u. Klimaschutz, öffentliche Infrastruktur und Gesundheit.



### **2. Auf Bildung und Kultur kommt es an**

Eine menschenwürdige Gesellschaft muss die Förderung einer umfassenden Bildung zum Ziel haben. Dazu gehört der kostenlose Zugang zu Schulen, Bildung und Weiterbildung für alle junge Menschen. Abschaffung aller Formen von Schulgeld an öffent-

lichen Schulen, kostenlose Lehrbücher und Unterrichtsmaterialien. Mehr qualifizierte Lehrkräfte und kleinere Klassen. Endlich muss in Püttlingen die echte Ganztagschule mit pädagogischer Betreuung eingeführt werden. Durchsetzung der vollen Beitragsfreiheit für Kindergärten, bedarfsgerechte Versorgung mit bezahlbaren Plätzen in Kindertagesstätten. Hilfe für die Volkshochschule Püttlingen über das bisherige Maß hinaus. Förderung der kulturellen Einrichtungen und Vereine.



### **3. Umweltschutz und Lebensqualität**

Klima, Energie und soziale Probleme hängen eng miteinander zusammen. Eine sichere, umweltschonende und für Alle bezahlbare Energieversorgung wird es nur geben, wenn die Strom-, Gas- und Ölmonopole in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle überführt werden.

Wir sind auch in Püttlingen für die Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte bei allen Entscheidungen der Kommune. Wir sind für die weitere Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs und den Anschluss an die Saarbahn. Aber auch die Förderung von Kunst, Kultur und sozialen Einrichtungen, die Unterstützung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die Förderung der Frauen in unserer Stadt, die Schaffung einer zentralen Senioren-Begegnungsstätte gehö-

ren zu den Punkten, die der Hebung der Lebensqualität in unserer Stadt dienen.



### **4. Geld für die Stadt: „Ohne Moos nix los“**

Städte und Gemeinden sind die wichtigsten Träger öffentlicher Dienstleistung und Infrastruktur. Ohne diese sind Staat und Gesellschaft nicht funktionsfähig; vom Wohl der Kommunen hängt unser Gemeinwesen ab. Doch ohne die erforderlichen Geldmittel können kommunale Aufgaben nicht bewältigt werden. Auch in Püttlingen spüren wir das. Fragwürdige Konsolidierungsmaßnahmen in den letzten Jahren haben zu vielen Abstrichen bei kommunalen Leistungen geführt, aber die Finanzlage hat sich dadurch nicht nachhaltig verbessert. Deshalb ist das Eintreten für eine Gemeindefinanzreform notwendig, die den Kommunen langfristig ihre Handlungsfähigkeit sichert und verhindert, dass weitere Abstriche an Dienstleistungen gemacht werden müssen.



### **5. Es geht immer um die Menschen**

Nach unserer Vorstellung muss Kommunalpolitik immer an den Interessen der Volksmehrheit ausgerichtet werden. Das bedeutet vor allem: Keine Sanierung öffentlicher Haushalte auf Kosten sozialer Leistungen; keine weiteren Gebühren- und Steuererhöhungen; keine Einschränkung sozialer und demokratischer Rechte; Stärkung der Massenkauflkraft, um damit die Konjunktur zu beleben und Arbeitsplätze zu sichern; Unterstützung von Initiativen, die sich für Belange der Bürger einsetzen.



### **6. Für mehr Sicherheit und Demokratie**

Vandalismus und Schmierereien sind für viele Bürger eine Frage der Sicherheit. Darum muss sich eine Kommune kümmern. Strittig ist aber, was unternommen werden soll. Mehr denn je gilt es, die sozialen Wurzeln von Perspektivlosigkeit, Gewalt und Kriminalität aufzuspüren und zu beseitigen. Das bedeutet: Lehrstellen und Arbeitsplätze müssen her, keine Benachteiligung und Ausgrenzung sozial Schwacher, neue Formen der Konfliktbewältigung, wobei Sozialarbeiter einzubeziehen sind.

Für uns bedeutet Sicherheit weit mehr. Wir brauchen Sicherheit vor Bespitzelungen durch Staat und Wirtschaft, vor Bedrohungen durch Fremdenfeindlichkeit, Rüstung und Krieg. Deshalb keine Militäreinsätze der Bundeswehr in Afghanistan und anderswo, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker. Wir sind für aktive Friedenspolitik und mehr Demokratie in der Gesellschaft. Nur so kann kommunale Politik erfolgreich sein.

# Das kleine **A B C** der DKP-Fraktion

Hier finden Sie Stichpunkte dafür, wie sich die DKP zu Problemen in unserer Stadt verhält. Wer mehr wissen möchte, sollte sich mit uns in Verbindung setzen. Wir informieren Sie gerne.

## **A** - wie Altersgerechtes Wohnen

Das ist eine Aufgabe im Interesse unserer älteren Mitbürger. Wir setzen uns dafür ein, dass zunehmend mehr innenstadtnahe Wohnungen saniert und altersgerecht ausgestattet werden. Dafür könnte auch die ehemalige Grundschule Viktoria am Bahnhof genutzt werden. Unser Vorschlag für ein „Haus der Senioren“ hat deutlich gemacht, dass wir mehr Aufmerksamkeit den älteren Mitbürgern widmen müssen.

## **B** - wie Burgplatz

Durch die Stadthalle, das Hotel und die beiden Märkte hat der Platz an Attraktivität gewonnen. Das sollte künftig noch stärker genutzt werden, um den Besuch der dortigen Einrichtungen interessanter und erlebnisreicher zu machen. Vor allem die Stadthalle und die Gaststätte müssten vermehrt für Veranstaltungen genutzt werden.

## **C** - wie City-Manager

Die Stadtverwaltung sieht darin eine Voraussetzung für die Optimierung aller Bemühungen in Richtung Wirtschaftsförderung. Die DKP ist in dieser Frage weniger optimistisch, denn mit Managern gibt es oft schlechte Erfahrungen. Auch ein City-Manager kann mangelnde Massenkaufkraft und fehlende Arbeitsplätze nicht aus der Welt schaffen. Aber gerade darum geht es, wenn die Wirtschaftskrise bekämpft werden soll. Mehr Beschäftigung und höhere Einkommen für die lohnabhängigen Bürger sind der beste Weg zur Wirtschaftsförderung. Dafür muss aber eine entsprechende Politik vertreten werden.

## **D** - wie Dialog

Ist für uns ein wichtiges Mittel. Man muss miteinander reden. Das gilt auch in bezug auf die politischen Kontrahenten. Vor allem aber der Dialog mit den Bürgern liegt uns am Herzen. Deswegen organisieren wir immer wieder Fraktions-Sprechstunden oder Info-Veranstaltungen. Auch unsere diversen Feste – nicht zuletzt das Früh-Linksfest der DKP – sollen den Gesprächen mit den Menschen unserer Stadt dienen.

## **E** - wie Erneuerbare Energien

Fortschritte in diesem Bereich sind zu verzeichnen. So werden auf städtischen Gebäuden immer mehr Fotovoltaik-Anlagen installiert. Doch eine stärkere Nutzung von erneuerbaren Energien, wie es die DKP fordert, ist unverzichtbar. Darum sollen auch andere Möglichkeiten (z.B. Erdwärmepumpen) in die Untersuchungen einbezogen werden.

## **F** - wie Feuerwehr

Was wäre unsere Stadt ohne die Freiwillige Feuerwehr, die stets zur Stelle ist, wenn Leben, Hab und Gut bedroht sind? Wir wissen diese Einrichtung hoch zu schätzen und werden auch künftig dafür eintreten, dass alle Voraussetzungen zur Wahrnehmung der Feuerwehr-Aufgaben erfüllt werden.

## **G** - wie Geschichte der Stadt

Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht richtig bewerten und wird an der Zukunft scheitern. Davon gehen wir aus. Deshalb haben wir stets die Erforschung der Geschichte unserer Stadt befürwortet. So ist auch mit unserer Unterstützung das Buch von Prof. Hermann über „Püttlingen in bewegter Zeit“ entstanden, dem wir eine große Verbreitung wünschen.

## **H** - wie Haushaltspolitik

Ausgeglichene Haushalte sind die Grundvoraussetzung für eigenständiges Agieren einer Kommune. Doch davon ist die Stadt weit entfernt, denn mit einem aufgelaufenen Defizit von über 30 Millionen Euro und jährlichen Kassenkrediten von etwa 40 Millionen, um die Zahlungsfähigkeit der Stadtkasse zu sichern, lassen sich keine großen Sprünge machen. Deshalb tritt die DKP für eine Wende in der Landespolitik ein, damit den Städten und Gemeinden künftig Mittel für Investitionen in zukunftsweisende Projekte zur Verfügung stehen.

## **I** - wie Interkommunale Arbeit

Interkommunale Zusammenarbeit wird angesichts vieler überörtlicher Prob-

leme an Bedeutung gewinnen. Die Zusammenarbeit der drei Köllertalgemeinden Püttlingen, Riegelsberg und Heusweiler hat bereits zur Einrichtung eines Wertstoffhofes in Etzenhofen geführt. Weitere Möglichkeiten der Kooperation sind denkbar. Allerdings sollten Träume von einer „großen Köllertalstadt“, wie sie schon vor Jahren öffentlich geäußert wurden, entschieden zurückgewiesen werden.

## **J** - wie Jugendarbeit

Hier gilt unsere Aufmerksamkeit den Jugendzentren, die unbedingt gefördert werden müssen. Wir treten dafür ein, dass unverzüglich die Standortfrage für das JuZ Köllerbach gelöst wird. Aber auch der Arbeit mit jungen Menschen, die sich nicht für Jugendzentren gewinnen lassen, muss stärkere Bedeutung zugemessen werden.

## **K** - wie Klinik Püttlingen

Sie ist der größte Arbeitsplatzanbieter in unserer Region, ist sehr gut ausgestattet und wird auch künftig die medizinische Grundversorgung für unsere Region sichern können. Allerdings müssen durch die Politik die finanziellen Voraussetzungen dafür verbessert werden, damit der Pflege mehr Mittel zur Verfügung stehen. Wichtig ist uns die kontinuierliche Zusammenarbeit der Stadt mit der Klinik und ihren Verantwortlichen, um die medizinische Versorgung langfristig zu sichern und optimal zu gestalten.

## **L** - wie Lebensqualität

Das ist etwas, was wir allen Menschen in unserer Stadt wünschen. Doch leider gibt es immer mehr Bürger, die unter Arbeitsplatzverlust oder schlechter Bezahlung, wachsender Armut und Vereinsamung leiden. Die Einrichtung



Von links: Franz Hertel (Vorsitzender der DKP-Fraktion) und Hans Schwindling (Gruppenvorsitzender der DKP) - zwei mit großen Erfahrungen, die für den Stadtrat kandidieren.

des „Gemeinsamen Mittagstisches“ und eines „Sozialkaufhauses“ sind anerkennenswerte Versuche, diese Übelstände zu lindern. Aber das reicht nicht. Eine andere Politik muss her, Hartz-IV und Agenda 2010 müssen verschwinden, der Mindestlohn und mehr soziale Orientierung müssen durchgesetzt werden, damit die Lebensqualität auch für die weniger gut Situierten verbessert wird.

### **M - wie Musikschule**

Sie erbringt hervorragende Leistungen und ist mit ihrer qualifizierten Kinder- und Jugendarbeit unverzichtbar für unsere Stadt. Wir werden uns auch künftig für die Erhaltung und Sicherung dieser wichtigen Einrichtung einsetzen.

### **N - wie Neofaschismus**

Die DKP war stets dafür, die Lehren der Geschichte zu beherzigen und alles zu tun, um neofaschistische Entwicklungen unmöglich zu machen. Doch leider ist Püttlingen schon länger ein Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten. Immer wieder tummeln sich Skinheads und NPD-Anhänger auch in unserer Stadt. Hier gilt es Einhalt zu gebieten und Pflöcke gegen den Neonazis einzurammen. Dazu bedarf es eines politischen Konzeptes, das sich auch mit Hintergründen und Folgen der neonazistischen Gefahren sowie Alternativen auseinander setzt.

### **O - wie Offensive der Opposition**

Seit Jahrzehnten dominiert die CDU im Stadtrat von Püttlingen. Das wirkt sich lähmend auf das politische Geschehen aus, weil viele gute Ideen der Opposition unter den Teppich gekehrt werden. Um so wichtiger ist es, dass die linken Kräfte in unserer Stadt endlich mal in die Offensive kommen und die „schwarze Mehrheit“ brechen. Dann würde die Union gezwungen sein, sich mit der Opposition zu arrangieren und Kompromisse einzugehen. Deshalb ist es auch so wichtig, dass die erprobte linke Kraft im Stadtrat, die DKP, am 7. Juni gestärkt wird.

### **P - wie Politik in der Kommune**

Für uns ist Kommunalpolitik eine erst-rangige Aufgabe, die sich an den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger unserer Stadt zu orientieren hat. Aber wir wissen auch, das kommunale Tätigkeit weitgehend von den politischen

Rahmenbedingungen beeinflusst wird. Deswegen stellen wir immer wieder Bundes- und Landespolitik in den Zusammenhang mit den Problemen unserer Stadt.

### **Q - wie Querdenken**

Das heißt für uns: Nicht an politischer Routine hängen und immer nur die Bürger belasten, wie das die bürgerlichen Parteien seit eh und je tun. Wir sind für eine politische Neuorientierung in Deutschland, die sich auf den Willen des Volkes stützt. Das sagen wir auch im Stadtrat, denn das Umdenken muss hier beginnen.

### **R - wie Ringbus**

Von Anfang an hat unsere Partei das Projekt Ringbus unterstützt, weil es die Mobilität der Menschen in unserer Stadt begünstigt. Diese umweltfreundliche Verkehrsmittel ist inzwischen unentbehrlich geworden und es muss alles getan werden, um die Attraktivität des Ringbusses weiter zu stärken. Dabei wird die DKP auch künftig die finanzielle Förderung im Stadtrat unterstützen.

### **S - wie Schulen**

Für uns ist Bildung eine wichtige Voraussetzung, um die immer komplizierteren Bedingungen des Lebens in unserer Gesellschaft anzugehen. Deswegen sind wir auch dafür, endlich das dreigliedrige Schulsystem im Saarland aufzugeben und aus der Pisa-Studie die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Für Püttlingen fordern wir die baldige Einführung einer echten Ganztagschule.

### **T - wie Trimmtreff Viktoria**

Unser Sport- und Kulturzentrum ist eine soziale Einrichtung, die der sinnvollen Freizeitgestaltung der Menschen zu dienen hat. Von daher war von Anfang an klar, dass sich das Trimmtreff niemals „rechnen“ wird. Deshalb stimmt die DKP stets dafür, den entstehenden Jahresverlust durch einen Betriebskostenzuschuss auszugleichen. Auch künftig werden wir alles unterstützen, was der Erhaltung dieser Einrichtung dienlich ist.

### **U - wie Unternehmerzentrum**

Das Unternehmerzentrum wurde seinerzeit mit Unterstützung der DKP ins Leben gerufen. Sein Ziel war und ist



es, jungen Unternehmern den Start zu ermöglichen und damit neue Arbeitsplätze in der Stadt zu schaffen. Viele Beispiele belegen, wie sinnvoll es ist, diese Art von Wirtschaftsförderung zu bejahen. Auch künftig wird die DKP dem UZP die notwendige Unterstützung zukommen lassen, denn neue Betriebe sind für den Arbeitsmarkt genau so wichtig, wie die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze.

### **V - wie Volkshochschule**

Diese Einrichtung hat sich in den letzten 20 Jahren zu einer über die Grenzen der Stadt hinaus beachteten Institution entwickelt. Viele hundert Besucher nehmen im Laufe des Jahres an den Veranstaltungen teil. Auch in Zukunft kann die Püttlinger VHS unseres Beistandes sicher sein.

### **W - wie Wehren**

Das Defizit der Stadt Püttlingen ist längst kein Ausgabenproblem mehr. Es sind die Einnahmen, die fehlen. Deswegen ist es so schlimm, dass die CDU-Landesregierung den Kommunen rund 101 Millionen Euro in 2009 vorenthalten hat. Der Stadtrat hat dagegen einen papiernen Protest eingelegt. Das ist zwar gut so, reicht aber nicht aus. Ein Protestmarsch der Städte und Gemeinden hätte da besser gepasst. Sich aktiv wehren gegen die Unverschämtheiten der Regierung ist allemal besser, als immer nur blind gehorchen.

### **X - wie Zeichen für Unbekanntes**

Die Buchstaben X bis Z sind die letzten im Alphabet, wobei X als Zeichen für unbekannte Größe verstanden wird. In der Kommunalpolitik gibt es mitunter auch bislang Unbekanntes. Doch davon lässt sich die DKP nicht abschrecken. Auch wenn Neues auf uns zukommt, stellen wir uns dieser Aufgabe.

Seine kommunalen Leistungen in unserer Stadt sind unbestreitbar:

## Altbürgermeister Rudolf Müller jetzt Ehrenbürger von Püttlingen

Als der Stadtrat über den Vorschlag der Verwaltung abstimmte, Altbürgermeister Rudolf Müller zum Ehrenbürger von Püttlingen zu ernennen, gab es für die DKP kein Wackeln. Obschon Franz Hertel daran erinnerte, dass seine Partei mit Rudolf Müller stets im politischen Clinch gelegen habe, unterstützte er den Vorschlag: „Altbürgermeister Müller hat die Ehrenbürgerschaft verdient, seine Leistungen für die Stadt sind unbestreitbar“. So war es nur folgerichtig, dass der DKP-Fraktionsvorsitzende am 8. Februar beim Festakt in der Stadthalle zu den Ersten gehörte, die dem neuen Ehrenbürger zu dieser hohen Auszeichnung gratulierten (Foto).



Während des Festaktes stellten Bürgermeister Speicher und die anderen Festredner die Persönlichkeit und das Wirken von Rudolf Müller ausführlich dar. Es erübrigt sich deshalb, hier alles noch einmal aufzuzählen. Dennoch seien einige Anmerkungen gestattet:

Unbestritten ist, dass sich Rudolf Müller durch sein Wirken einen Namen gemacht und mit vielen neuen Ideen und Initiativen, mit Sachwissen und Ausdauer das Gesicht unserer Stadt nachhaltig verändert hat. Er allein, muss man jedoch fragen?

Es stimmt natürlich, dass unzählige Projekte mit dem Namen Rudolf Müller ver-

bunden sind: Stadtsanierung, Uhrenmuseum, Ringverkehr, ESH, Unternehmerzentrum und und und... Aber, und das hat Franz Hertel bereits bei der Verabschiedung von Rudolf Müller im Dezember 2001 gesagt:

„Der Bürgermeister konnte diese Erfolge nur erzielen, weil der Stadtrat hinter ihm gestanden hat. In den meisten Fällen waren es alle Ratsparteien, mit deren Unterstützung er seine Ziele erreichen konnte“.

Mit dieser Feststellung sollen die Verdienste von Rudolf Müller keineswegs geschmälert, sondern nur etwas relativiert werden. Denn oft genug wird vergessen, dass Erfolge da oben nur möglich sind, weil da unten unzählige dazu beigetragen haben.

Altbürgermeister Müller hat viel bewegt. Das stimmt. Doch da gab es auch Schattenseiten: Schließung des städtischen Freibades, Schließung der Stadtbücherei, Verkauf der Stadtwerke, Einschränkung von kommunalen Leistungen – alles Maßnahmen, die einen Kommunalpolitiker schmerzen. Aber auch das ging nicht allein auf das Kon-

to von Bürgermeister Müller. Denn immer hat er Helfer im Stadtrat gehabt. Allerdings war die DKP dabei stets ein heftiger Widersacher. Aber auch das hat Franz Hertel bei der erwähnten Verabschiedung schon festgestellt.

Wer sich erinnert, dass sich die DKP stets knallhart mit der Politik der CDU-Mehrheitsfraktion und mit Bürgermeister Müller auseinandergesetzt hat, wird verstehen, dass wir diesen Aspekt nicht ausblenden wollen und können. Es gehörte schließlich zu den Realitäten der damaligen Zeit. Wie es ja auch heute noch diese politischen Auseinandersetzungen im Stadtrat gibt.

In Püttlingen „regiert“ die CDU bereits seit Jahrzehnten nach Gutsherrenart; sie nutzt ihre Majorität schamlos aus, um die Opposition kleinzuhalten. Da ist es verständlich, dass sich die DKP mit der Politik der „Schwarzen“ und ihrer Repräsentanten auseinandersetzt. Dass dabei auch der jeweilige Bürgermeister sein Fett abkriegt, ist völlig normal, denn auch er vertritt die CDU-Politik als Speerspitze seiner Partei.

Allerdings ist die DKP nicht beschränkt und weiß sehr wohl die Leistungen eines Mannes zu würdigen, die über Parteipolitik hinaus das Leben einer Stadt beeinflussen. Und da hat der Altbürgermeister einiges auf dem Konto, was auch dem politischen Kontrahenten große Achtung abverlangt. In diesem Sinne wünschen wir dem neuen Ehrenbürger Rudolf Müller alles Gute, vor allem persönliches Wohlergehen.



**Eine Wochenzeitung der DKP, die Sie unbedingt lesen sollten und über uns (auch probeweise!) bestellen können.**

### Stadtratswahl am 7. Juni:

## DKP wieder dabei

Mit der Einreichung ihrer Wahlvorschläge beim Gemeindevahlleiter hat die DKP die Teilnahme an der nächsten Stadtratswahl gesichert. Erneut steht Franz Hertel an der Spitze der Kandidatenliste. Gemeinsam mit seinen Freunden wirbt er um Zustimmung bei den Püttlinger Wählern.



Unlängst wurden vom Püttlinger Ringverkehr zwei neue Niederflerbusse vorgestellt, was großes Interesse bei den Vertretern der Öffentlichkeit fand. Dass auch der Sprecher der DKP-Fraktion zugegen war, ist eigentlich selbstverständlich, denn von Anfang an hat unsere Fraktion die Entwicklung und Unterstützung des örtlichen Verkehrsbetriebes aktiv begleitet. Unser Foto zeigt einen der Busse mit seinen bequemen Einsteigemöglichkeiten, die es auch Behinderten möglich machen, dass Fahrzeug problemlos zu benutzen.

Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) notwendig:

## Bundes- und Landespolitik sind gefordert

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 18. Februar den Bürgermeister angewiesen, dem Wirtschaftsplan 2009 des Zweckverbandes öffentlicher Personennahverkehr im Regionalverband Saarbrücken nicht zuzustimmen, zugleich soll er auch eine geplante Satzungsänderung des Zweckverbandes ablehnen.

Die DKP hat diesem Vorgehen zugestimmt, weil finanzielle Belastungen damit verbunden sind, die weder sachlich begründet noch in der Satzung verankert sind. Hinzu kommt, dass beim Zweckverband von Anfang an Einigkeit darüber bestand, keinerlei Umlagen zu erheben. Dass andere Verkehrsträger innerhalb des Zweckverbandes über Betriebskostendefizite klagen, war für den Stadtrat kein Grund, einfach so aus „Solidarität“ jährlich rund 20.000 Euro auf den Tisch zu blättern, zumal das nur der Anfang wäre. Die Stadt hat es ohnehin schwer genug, jährlich 135.000 Euro für die Stützung des Ringbusses auf-

zubringen, ohne das dies von der Geschäftsführung des Zweckverbandes bei ihrer Finanzplanung berücksichtigt würde.

Dennoch muss der ÖPNV stärker gefördert werden. Diesen Standpunkt vertrat der DKP-Sprecher, der vor allem den Bund und das Land dafür in der Verantwortung sieht. Jetzt, da die Konjunktur stärker angekurbt werden soll, müsste der ÖPNV mehr Hilfe erfahren, damit Arbeitsplätze sicherer werden und die Attraktivität steigt.

Die Entlastung von der Körperschafts-, Mehrwert- und Mineralölsteuer würde eine nachhaltige Unterstützung für den ÖPNV bedeuten.

## Kurz und knapp

**Kerstin Bremm** von der FDP will Bürgermeisterin werden. Und damit jeder weiß, wo er dran ist, hat sie „innovative Wege“ angekündigt, was immer das bedeutet. Sie will dabei auch „unpopuläre“ Maßnahmen (SZ vom 27.1.09) ergreifen. Die Püttlinger Wähler sind also gut beraten, wenn sie darauf „populär“ reagieren und der Dame gar nicht erst die Möglichkeit bieten, ihnen weitere Belastungen oder gar die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen auf's Auge zu drücken.

\*

**Die VHS Püttlingen** muss wegen Personalmangel mehrere Termine ausfallen lassen (SZ vom 6.3.09). Das ist eine Blamage für den Regionalverband Saarbrücken und die Stadt Püttlingen, weil niemand in der Lage ist, die anerkannt gute Arbeit dieser Bildungseinrichtung auch personell abzusichern. Es ist endlich Zeit, dass eine Bürokratie dauerhaft die Arbeit des VHS-Leiters entlastet.

\*

**Das Kammerorchester** der Musikschule Püttlingen will im Herbst zum Konzertieren nach Fresagrandinaria reisen. Die Kosten dafür sind allerdings sehr hoch, vor allem junge Musiker/innen haben da Probleme. Deshalb hat sich der DKP-Fraktionsvorsitzende bereit erklärt, einen Zuschuss zu geben.

Die DKP ist der Meinung, daß der öffentliche Personennahverkehr — auf den vor allem die arbeitende Bevölkerung angewiesen ist — eine soziale Aufgabe sein muß wie der Bau von Straßen, die Errichtung von Schulen oder die Erstellung eines Krankenhauses. Dafür zahlt jeder Bürger seine Steuern. Deswegen muß die Benutzung von Straßenbahnen, Omnibussen, U-Bahnen, S-Bahnen und auch der Bundesbahn zu sozialen Tarifen gewährt werden. Die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe und die Bundesbahn müssen als soziale Einrichtungen geführt werden und, damit sie ihre Aufgabe erfüllen können, aus öffentlichen Mitteln bezuschußt werden.

Dieses Faksimile mit einem Ausschnitt aus den „Vorschlägen der DKP für eine soziale Verkehrspolitik“ wurde im Januar 1984 in „pro + kontra“ veröffentlicht. Schon damals ist die große Bedeutung des ÖPNV für die gesellschaftliche Entwicklung von uns genannt worden.

Touristisch interessant werden, kann erstrebenswert sein:

## Geld wegwerfen ist unverzeihlich

„Ich weiß nicht, welche Träumer ein solches Gutachten befürworten“, äußerte sich ein Leserbriefschreiber in der SZ vom 6. März. Andere Bürger, die über das Thema „Tourismus in Püttlingen“ diskutieren, bezweifeln die Notwendigkeit eines 10.000 Euro teuren Gutachtens.

Das denkt auch die DKP, deshalb hat unsere Fraktion am 18. Februar im Stadtrat die „Erstellung einer touristischen Potentialanalyse“ abgelehnt. Stadratsmitglied Fritz Kuhn sagte dazu: „Die DKP ist nicht gegen Tourismus, aber Püttlingen hat andere Probleme, die derzeit wichtiger sind. Außerdem sind 10.000 Euro kein Pappenstiel, wir versprechen uns keinen Nutzen von diesem Gutachten“

Während DKP, SPD und FDP die Kosten für eine Potentialanalyse als „aus dem Fenster rausgeworfenes Geld“ zurückwies, blieb die CDU stur dabei, dieses Geld auszugeben. Dabei ist das Thema in der Fraktion keineswegs unumstritten gewesen. Noch in der vorangegangenen Ausschuss-Sitzung hatten sich zwei CDU-Mitglieder der Stimme enthalten. Doch dann wurde die Richtung in der Fraktion „glattgebügelt“ und keiner wagte mehr im Stadtrat, dieser fragwürdigen Geldausgabe zu widersprechen.

Niemand wird bestreiten, dass der touristischen Erschließung künftig mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Darum ist es auch sinnvoll, Wander- und Radwege auszubauen und die Sehenswürdigkeiten unserer Stadt intensiver zu bewerben. Aber niemand sollte sich der Illusion hingeben, Püttlingen könnte eines Tages zu einer Tourismus-Stadt werden, wo hunderte Menschen künftig ihr Brot verdienen und die wirtschaftlichen Probleme der Stadt gelöst werden. Als Urlaubsregion ist das Köllertal wohl kaum besonders prädestiniert.



Nach wie vor brauchen wir die Erhaltung von Arbeitsplätzen und Ansiedlung neuer Betriebe. Püttlingen muss eine Stadt bleiben, wo Gewerbebetriebe neben Dienstleistungseinrichtungen im Vordergrund stehen. Tourismus wird dabei nur eine untergeordnete Rolle spielen. Deswegen kann man sich teure „Experten“ sparen.

Wir plädieren keineswegs dafür, dass überhaupt nichts passieren soll. Im Gegenteil. Die Verwaltung sollte sich mit Püttlinger Leuten zusammensetzen, die etwas für den Tourismus tun und davon Ahnung haben (Die gibt es). Dann könnte man überlegen, wie die Sehenswürdigkeiten unserer Stadt besser bekannt gemacht werden können: Uhrenmuseum, Burg Bucherbach, Martinskirche, Schlösschen und diverse Wanderwege sind es wert, über Püttlingen hinaus angepriesen zu werden. In unserer Verwaltung ist auch genug Wissen vorhanden, welches Ideen für weitere Maßnahmen zur Tourismusförderung entwickeln kann, ohne dass tausende Euros dafür verplempert werden.

Stadtrat informierte sich bei einem Waldbegang:

## Mit Fachleuten „vor Ort“ im Gespräch



Am 26. Februar fand ein Waldbegang mit Revierförster Urban Backes statt, an dem zahlreiche Ratsmitglieder teilnahmen, unter ihnen Hans Schwindling (oben links) von der DKP-Fraktion. Mit dabei auch Herr Werner Schmeer (mitte) vom Unternehmen „Sand- und Kiesgrube Schmeer“, der das erst jüngst erschlossene Abbaufeld (Foto links) vorstellte und zugleich erläuterte, wie die Wiederaufforstung auf bereits wieder aufgefüllten Flächen vor sich geht.

Ausleihsystem nur der Anfang:

### Kostenlose Lehrbücher und Schulmaterialien als Ziel

Die DKP-Fraktion hat im Stadtrat der Einführung eines Ausleihsystems für Schulbücher an den Püttlinger Grundschulen zugestimmt, obwohl einige Fragen noch sehr vage geklärt (z.B. organisatorische Probleme) oder auch kritikwürdig (z.B. die Kostenbeteiligung) sind. Dennoch wird damit ein erster Schritt getan, um die Eltern von den Kosten für Schulbücher etwas zu entlasten.

Die DKP vertritt aber nach wie vor die Auffassung: Wenn die Lehren der Pisa-Studie auch im Saarland ernsthaft umgesetzt werden sollen, muss die Forderung nach kostenlosem Zugang zu Schulen, Bildung und Weiterbildung und die Einführung kostenloser Lehrbücher und Unterrichtsmaterialien an allen öffentlichen Schulen unbedingt realisiert werden.

